

## **Kapitel 6: Solidarität sichern**



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-S Solidarität sichern

### **Antragstext**

#### **1 Kapitel 6: Solidarität sichern**

#### **2 Sicherheitsversprechen**

3 (274) Es braucht ein neues soziales Sicherheitsversprechen. Ein starkes soziales Netz ist  
4 die Grundlage für persönliche Entfaltung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Niemand soll  
5 unterhalb des Existenzminimums leben müssen. Soziale Politik schafft Teilhabe. Dafür braucht  
6 es soziale und inklusive Infrastruktur, Orte des Miteinanders, diskriminierungsfreie Zugänge  
7 sowie gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine gute Daseinsvorsorge ist Voraussetzung für  
8 Zusammenhalt.

9 (275) Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen  
10 nicht beachtet werden. Das Grundgesetz soll deshalb um soziale Grundrechte wie zum Beispiel  
11 das Recht auf Wohnen ergänzt werden.

12 (276) Die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union ist eine  
13 Voraussetzung für eine von allen positiv erlebte Freizügigkeit. Die EU braucht daher  
14 Investitionen in sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz und keine destruktive Sparpolitik.  
15 Sie hat die Europäische Union in der Vergangenheit belastet. Deregulierung, Privatisierungen  
16 und Kürzungen von Ausgaben für Investitionen und Daseinsvorsorge dürfen keine Bedingungen  
17 für  
18 Finanzhilfen sein.

#### **18 Arbeit**

19 (277) Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit mehr als Existenzsicherung. Arbeit - ob in  
20 Voll- oder Teilzeit - stiftet Sinn, man gehört dazu, bringt etwas voran. Erwerbsarbeit in  
21 Vollzeit muss immer so viel wert sein, dass man davon auskömmlich leben kann. Arbeitsoll  
22 sich aber auch stärker am Leben der Menschen ausrichten und nicht das Leben an der Arbeit.  
23 So umfasst Arbeit auch Haus-, Sorge- und ehrenamtliche Arbeit, die für eine funktionierende  
24 Wirtschaft und Gesellschaft unerlässlich ist. Diese Formen der Arbeit müssen genauso viel  
25 Anerkennung erfahren wie Erwerbsarbeit. Sie sollen für niemanden ein Armutsrisiko oder den  
26 Verlust der Unabhängigkeit bedeuten.

27 (278) Darüber hinaus braucht es ein starkes Arbeitsrecht. Dazu zählen faire Löhne, ein  
28 armutsfester Mindestlohn, Lohngleichheit bei gleicher und gleichwertiger Arbeit, klare  
29 Vorgaben zu Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Regelung von Arbeitszeiten. Auch  
30 Menschen mit geringer Qualifikation müssen die Möglichkeit haben zu fairen Bedingungen an  
31 unserem Wirtschaftssystem zu partizipieren. Das Arbeitsrecht muss auch in digitalen  
32 Arbeitsmodellen und Unternehmen vollständig gelten und gestärkt werden.

33 (279) Die Vertretung von Arbeitnehmer\*innen-Interessen durch Gewerkschaften, Betriebsräte  
34 und Schwerbehindertenvertretungen muss in allen Unternehmen und Branchen  
selbstverständlich

35 sein. Die Sozialpartnerschaft muss auch im Wandel bewahrt und ausgebaut werden. Für ihre  
36 Lebensplanung brauchen Menschen Verlässlichkeit, auch im Erwerbsleben. Dazu gehören ein  
37 effektiver Kündigungsschutz, flexible und gerecht aufgeteilte Elternzeit, faire Tariflöhne  
38 und, als Grundsatz unbefristete Arbeitsverträge. Die Tarifbindung muss gestärkt werden und  
39 die öffentliche Hand soll dies bei ihrer Auftragsvergabe berücksichtigen. Dafür braucht es  
40 handlungsfähige Sozialpartner, starke Gewerkschaften ebenso wie verlässliche  
41 Arbeitgeberverbände.

42 (280) Eine vielfältige Gesellschaft bringt immer vielfältigere Formen der Beschäftigung und  
43 Arbeit hervor, oftmals jenseits einer Festanstellung. Je diverser die Arbeitswelt wird,  
44 desto mehr brauchen wir eine soziale Sicherung, die alle Bürger\*innen absichert. Um Solo-  
45 Selbstständige zu unterstützen und gleichzeitig in das Sozialsystem einzubinden und um  
46 prekäre Lebensverhältnisse zu verhindern, sollen neue Sicherungsmodelle entwickelt werden.  
47 Solo-Selbstständigen soll der Eintritt in die Gesundheits- und Rentenversicherung  
48 erleichtert werden und sie sollen die Möglichkeit haben, sich gegen Arbeitslosigkeit zu  
49 versichern. Die Arbeitslosenversicherung soll allen Selbstständigen offenstehen sowie  
50 bezahlbar und flexibel ausgestaltet werden. Dabei sollen die besonderen Bedingungen des  
51 jeweiligen Berufsbildes und der gestaffelten Beiträge Auswirkungen sowohl auf den Anspruch  
52 wie auf die Auszahlung der Ersatzleistungen haben. Ebenso bringt ein Zugang insbesondere für  
53 Solo-Selbstständige zu anderen Leistungen der Arbeitsförderung eine höhere soziale  
54 Gleichheit.

55

56 (281 neu) Der Arbeitsplatz soll ein Ort sein, an dem alle Menschen unabhängig von ihrer  
57 Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sie selbst  
58 sein können. Durch wirkungsvollen rechtlichen Schutz gilt es sicher zu stellen, dass alle  
59 Menschen im Beruf diskriminierungsfrei arbeiten können.

60 (281) Menschen mit Behinderung, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten oder dort  
61 arbeiten möchten, sollen die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Menschen mit  
62 Behinderung, die bislang in Werkstätten arbeiten, sollen bessere Möglichkeiten bekommen, in  
63 den allgemeinen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu wechseln. Dafür sollen sich Werkstätten  
64 weiter öffnen. Als echte Alternativen zu den Werkstätten sollen Integrationsunternehmen  
65 ausgebaut werden. Das Ziel ist ein inklusiver Arbeitsmarkt.

66 (282) Erwerbsarbeit sorgt nicht nur für Einkommen, sondern bedeutet für die Menschen auch  
67 gesellschaftliche Teilhabe, soziale Kontakte, Wertschätzung und Anerkennung. Deshalb  
68 brauchen Menschen die lange arbeitslos sind, Chancen und Perspektiven. Sie benötigen einen  
69 Sozialen Arbeitsmarkt, der Teilhabe ermöglicht. Dabei müssen Menschen, die individuelle  
70 Betreuung und Hilfe brauchen, diese auch erhalten.

71 (283) Die ökologische Transformation und der digitale Wandel ändern das Wirtschaften  
72 grundlegend, und damit auch die Arbeit und die Arbeitsbedingungen. Die Digitalisierung der  
73 Arbeitswelt bietet Chancen und Risiken. Welche Tendenzen sich durchsetzen, ist eine Frage  
74 der politischen Gestaltung. Ohne klare Steuerung im Sinne der Beschäftigten erleben wir neue  
75 Formen von Ausbeutung, Überforderung und Entfremdung, von Überwachung und ständiger  
76 Erreichbarkeit. Doch wenn die Transformation entsprechend politisch organisiert wird, bietet

77 sie große Chancen für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Es gilt, die Möglichkeiten der  
78 Digitalisierung zu nutzen, um schwere Tätigkeiten zu erleichtern.

79 (283) Neben Einkommen ist Zeithaben für viele Menschen ein immer größerer Wert. Die  
80 Verfügbarkeit über die eigene Zeit schafft Lebenszufriedenheit. Die Steigerung der  
81 Produktivität soll so genutzt werden, dass Menschen freier und souveräner agieren können.  
82 Die Möglichkeit, selbst über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen, gilt es zu stärken.  
83 Gleichzeitig soll durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung Arbeit gerechter verteilt  
84 werden, sodass alle Menschen mehr Zeit für sich selbst, ihre Familien, ihre Hobbys und für  
85 gesellschaftliches Engagement haben. Das darf kein Privileg derjenigen bleiben, die es sich  
86 leisten können. In Zeiten der Erziehung, Pflege und Weiterbildung braucht es eine  
87 solidarische Unterstützung und Förderung. Auch Menschen mit niedrigem Einkommen sollen  
88 sich  
89 Auszeiten leisten können.

89 (284) Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt den Menschen viel ab: Flexibilität,  
90 Umstellung, Anstrengung. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Umschulung,  
91 die solidarisch finanziert werden. Dazu wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer  
92 Arbeitsversicherung erweitern und die Transformation der Arbeitswelt gerecht und  
93 partizipativ gestalten. Für Menschen, die durch den Strukturwandel ihre Arbeit verlieren,  
94 gibt es eine besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Arbeitslosigkeit darf nicht  
95 zum Ausschluss vom Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe führen.

96 (285) Mobiles Arbeiten bietet viele Möglichkeiten der selbstbestimmten Arbeitsgestaltung und  
97 einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, birgt aber auch die Gefahr der  
98 Doppelbelastung insbesondere für Frauen. Das Recht auf mobiles Arbeiten muss gestärkt und  
99 gleichzeitig durch betriebliche Regelungen, Mitbestimmung und einen verbesserten  
100 Arbeitsschutz so gestaltet werden, dass möglichst viele der potentiellen Vorteile  
101 verwirklicht werden können. Das Recht darf nicht zur Pflicht werden und der Anspruch auf  
102 einen betrieblichen Arbeitsplatz muss erhalten bleiben

103 (286) Digitalisierung bietet die Möglichkeit für mehr Souveränität und Flexibilität. Dafür  
104 ist mehr Mitsprache von Beschäftigten bei Umfang, Art und zeitlicher wie örtlicher Lage der  
105 Arbeit nötig. Erwerbsarbeit darf nicht in andere Bereiche übergreifen. Überstunden müssen in  
106 allen Bereichen erfasst und abgegolten werden.

107 (287) Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen kümmern,  
108 sind  
109 das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es fehlt ihnen oft an gesellschaftlicher Anerkennung  
110 und guten Arbeitsbedingungen. Das betrifft vor allem Frauen, besonders diejenigen mit  
111 tatsächlicher oder zugeschriebener Migrationsgeschichte. Ihre Leistung für das Gemeinwesen  
112 muss aufgewertet und besser bezahlt werden. Das umfasst vor allem eine bessere finanzielle  
113 Ausstattung von kommunalen Einrichtungen sowie Investitionen in die Daseinsvorsorge.

113 (288) Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt und ist eine wichtige Säule unserer  
114 Arbeitswelt. Es gewährleistet eine hohe Qualifikation und umfassende Kompetenzentwicklung.  
115 Studium und Berufsausbildung in Verbindung mit beruflicher Erfahrung sind grundsätzlich  
116 gleichwertig. Die Rechte von Auszubildenden müssen gestärkt werden und es braucht mehr  
117 betriebliche Mitbestimmung. Ausbildungen umfassen Arbeit, sie muss gut entlohnt werden. Aus-

118 und Weiterbildung muss inklusiv sein. Sie muss in Teilzeit und modular möglich sein.

### 119 **Geschlechtergerechtigkeit**

120 (289) Noch immer bestehen große ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen den  
121 Geschlechtern. Um Gleichberechtigung im Arbeitsleben zu erreichen, ist das Prinzip der  
122 gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit zentral.

123 (290) Alleinerziehende, überproportionale oft Mütter, tragen oftmals trotz Erwerbsarbeit ein  
124 hohes Armutsrisiko. Deshalb ist hier eine besondere Absicherung und Entlastung durch den  
125 Staat notwendig.

126 (291) Durch zahlreiche Regelungen im Steuer- und Sozialrecht wird eine ungleiche Aufteilung  
127 von Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern gefördert. Statt den Trauschein zu fördern,  
128 soll für künftig geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung gelten. Das  
129 Ehegattensplitting soll durch eine gezielte Förderung von Kindern und Familien, in ihren  
130 unterschiedlichen Formen, ersetzt werden. Das Steuer-, das Arbeits- und das Sozialrecht  
131 müssen auf gleichen Rechten beruhen und geschlechtsneutral wirken. Sie sollen stärker an  
132 ökonomischer Unabhängigkeit ausgerichtet werden. Erwerbstätigkeit soll sich für alle  
133 gleichermaßen lohnen.

134 (292) Unser gesellschaftliches Zusammenleben und unser wirtschaftlicher Wohlstand baut auf  
135 Sorgearbeit auf, die meistens unbezahlt oder unterbezahlt von Frauen geleistet wird. Es  
136 gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Arbeit gerecht zwischen den Geschlechtern  
137 verteilt werden kann. Insbesondere Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen und  
138 Freund\*innen sind keine Privatsache, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

### 139 **Soziale Garantien**

140 (293) Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne  
141 Existenzangst. Deswegen überwinden wir Hartz IV und ersetzen es durch eine  
142 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle  
143 Existenzminimum. So macht sie Menschen in Zeiten des Wandels stark und eröffnet Chancen  
144 und  
145 Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.

146 (294) Die Garantiesicherung ist ein individuelles Recht und soll sich an den Prinzipien der  
147 Teilhabe- und der Bedarfsgerechtigkeit orientieren und ohne weitere Bedingungen für jeden  
148 Menschen gelten, dessen eigene finanzielle Mittel nicht ausreichen. Sie soll  
149 Sicherheit  
150 geben und die konkrete Lebenssituation und den Wohnort berücksichtigen. Ihre  
151 Inanspruchnahme  
152 darf nicht durch bürokratische Hürden in den Antragsverfahren faktisch verhindert werden.  
153 Eigene Erwerbsarbeit muss sich immer lohnen und honoriert werden.

154 (295) Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt zusammengeführt und  
155 langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir einen  
156 transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden. Dabei  
157 orientieren wir uns an der Leitidee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Soziale  
158 Sicherungssysteme sollen so gestaltet werden, dass deren Finanzierung möglichst krisenfest  
159 ist.

158 (296) Die Föderale Europäische Republik ist eine Solidargemeinschaft, in der alle  
159 Bürger\*innen die gleichen sozialen Rechte genießen. Dazu muss die Währungsunion zunächst  
um  
160 eine Sozialunion mit starken gemeinsamen Mindeststandards erweitert werden, damit die  
161 Schieflage zwischen weitreichenden wirtschaftlichen Freiheiten und wenig entwickelten  
162 Arbeits- und Sozialstandards in der EU korrigiert wird. Dafür braucht es gemeinsame soziale  
163 Standards, wie etwa zu Mindestlohn, Grundsicherung , sowie eine europaweite  
164 Arbeitslosenrückversicherung. Darauf aufbauend wollen wir gemeinsame Instrumente der  
165 Sozialpolitik schaffen.

166 (297) Einer Gesellschaft mit hoher Gleichheit geht es fast immer besser als einer  
167 Gesellschaft mit hoher Ungleichheit. Dennoch hat die soziale Ungleichheit zugenommen.  
168 Ungleiche Vermögen führen zu ungleichen Einkommen und ungleichen Lebenschancen, die sich  
169 über Generationen vererben. Das bedeutet finanzielle Not für viele Menschen, einen Verlust  
170 an Zufriedenheit, es treibt die Menschen auseinander und schadet dem friedlichen  
171 Zusammenleben und der wirtschaftlichen Stabilität. Das Steuersystem ist ein effektiver  
172 Hebel, um Ungleichheit zu reduzieren. Es braucht eine gleichere Verteilung von Einkommen,  
173 Vermögen, Erbschaften und Chancen und die Verbesserung der öffentlichen Infrastrukturen, die  
174 sozialen Zusammenhalt und Teilhabe schaffen.

175 (298) Gerade bei Kindern und Jugendlichen führen eine ungleiche Verteilung von Einkommen  
und  
176 Vermögen sowie ungleiche Bedingungen je nach Wohnort oder Zugang zum Bildungssystem zu  
177 ungleichen Lebenschancen. Alle Kinder brauchen funktionierende und zugängliche öffentliche  
178 Orte wie Kitas und Schulen oder Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken. Kein Kind in  
179 unseren reichen Gesellschaften darf arm oder ein Armutrisiko für Eltern sein. Jedes Kind  
180 ist gleich viel wert. Das soll über eine Kindergrundsicherung garantiert werden. Darüber  
181 hinaus braucht es eine Gesamtstrategie gegen Kinderarmut, die neben der finanziellen  
182 Absicherung auch Infrastrukturangebote umfasst.

183 (299) Es gilt, die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge in der gesamten  
184 Europäischen Union gemeinsam auszubauen und im Sinne geteilter Gemeingüter zu stärken.

## 185 **Rente**

186 (300) Solidarität lebt davon, dass sich alle an ihr beteiligen. Die Sozialversicherungen  
187 sollen deshalb zu Bürgerversicherungen weiterentwickelt werden, so dass alle Menschen vom  
188 Schutz der Sozialversicherungen profitieren und sich entsprechend ihren Einkommen, egal ob  
189 aus selbstständiger Arbeit, Lohn oder Kapitalerträgen, solidarisch beteiligen.

190 (301) Das Umlagesystem der Rentenversicherung sichert als Generationenvertrag die  
191 Altersvorsorge und ist weniger krisenanfällig als andere Systeme. Gleichzeitig stehen  
192 Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung durch die strukturelle Alterung der Gesellschaft  
193 vor großen Herausforderungen. Oberste Priorität ist, die Altersarmut zu verhindern und ein  
194 lebensstandardsicherndes Rentenniveau zu erhalten. Langjährig in der gesetzlichen  
195 Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung  
196 angewiesen sein. Bei Menschen, die dennoch eine Aufstockung auf Grundsicherungsniveau  
197 benötigen sollte dies unbürokratisch und würdevoll erfolgen.

198 (302) Die Einwanderung von Arbeitskräften, eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen  
199 sowie eine breitere Solidarität über eine Bürgerversicherung helfen dabei, das Rentenniveau

200 langfristig abzusichern. Auch die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und das  
201 Vermeiden prekärer Erwerbsbiographien trägt dazu bei, Altersarmut zu vermeiden.

202 (303) Private und betriebliche Altersvorsorge können die gesetzliche Rente sinnvoll  
203 ergänzen. Die kapitalgedeckten Säulen der Altersvorsorge sollen künftig öffentlich  
204 organisiert und verwaltet werden. Jede\*r, die oder der nicht widerspricht, soll sich daran  
205 beteiligen. So wird eine attraktive Rendite auch für Kleinanleger\*innen erzielt und alle  
206 Menschen werden mit geringem Risiko am Produktivvermögen beteiligt.